

**Informations- und Kommunikationskultur entwickeln
Ein dringender Beitrag zur Entwicklung
der politischen Kultur in Deutschland**

**Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 13. bis 15. Dezember 2006
in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen,
der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**Chancen und Risiken der Entwicklung einer politischen Informations-
und Kommunikationskultur durch die Medien**

**Von Dr. Rudolf Speth,
Privatdozent, FU Berlin**

I. Einleitung

Eigentlich bietet eine Informations- und Kommunikationskultur nur Chancen und keine Risiken. Wir alle wünschen uns, wir hätten mehr davon. Die Risiken – wenn überhaupt von Risiken gesprochen werden soll – liegen eher in den Effekten, die durch den Mangel an informations- und kommunikationskulturellen Regeln bestehen.

Wie die politische Kultur im Allgemeinen ist die Informations- und Kommunikationskultur im Besonderen eine Mischung aus subjektiven Werthaltungen (Tugenden) und objektiven Regeln (Institutionen). Ziel ist es, das demokratische politische System mit dem politischen Bewusstsein und dem Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu verbinden.

Es geht also um die Qualität der Demokratie. Eine Informations- und Kommunikationskultur ist deshalb kein Selbstzweck, sondern bezieht sich auf die Demokratie und ihre Leistungen. Die Qualität der Demokratie hängt an Voraussetzungen, die durch staatliches Handeln nicht einfach hergestellt oder verordnet werden können. Aber sie können durch das Verhalten von Politikern und Medien nachhaltig geschädigt werden. Hier ist auf den Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde zu verweisen, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.¹

Und damit möchte ich zur These meines Vortrages kommen: Eine Informations- und Kommunikationskultur kann nur als die Summe sich selbst regulierender Systeme (Journalismus, Medien, Politik und Bürgergesellschaft) gedacht werden. Sie kann nicht staatlich verordnet werden und lebt vom Wechselspiel subjektiver Werthaltungen und normierender Regelsysteme und Interessen. Eine Informations- und Kommunikationskultur kann nur langfristig und langsam entstehen und wird immer wieder verletzt durch ökonomische und politische Machtinteressen. Eine Informations- und Kommunikationskultur lebt vom Konflikt und von der begrenzten Verletzung ihrer Regeln, weil nur so können diese im Bewusstsein gehalten und bekräftigt werden.

Ich möchte diese These zunächst damit begründen, dass Tugenden – moralische Überzeugungen und Werthaltungen – und Interessen seit jeher als die beiden Hauptantriebskräfte für politisches Handeln gelten. Und vielfach wurde in der Moderne diese Dualität auf das Interesse als Hauptantriebsmoment reduziert. Dies gilt insbesondere für ein normatives Regelwerk – geschrieben und ungeschrieben –, das aus den Medien selbst heraus entwickelt werden sollte. Ausgangspunkt sind die Interessenhaltungen der einzelnen Akteure, die als veränderbar wahrgenommen werden müssen.

Ich möchte daher im Folgenden bei den Interessen der einzelnen Akteure meinen Ausgangspunkt nehmen. Dabei werde ich so vorgehen, dass ich im Dreieck Bürger – Medien – Politik die jeweiligen Eckpunkte untersuche: das Informationsverhalten der Bürgerinnen und Bürger; die Interessenlage der Politiker, für die, aus teilweise nachvollziehbaren Gründen, Inszenierung die Information ersetzt; die Medien, die privatwirtschaftliche, auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen sind und die Journalisten, die an professionellen Berufsrollen orientiert, vielfache anderen Einflüssen ausgesetzt sind.

Aus der Analyse dieser Dreiecksbeziehung werde ich dann abschließend auf die Chancen und Grenzen einer Informations- und Kommunikationskultur zu sprechen kommen.

II. Das Informationsverhalten von Bürgerinnen und Bürger

Bürgerinnen und Bürger sind keine passive Akteure und Handelnde, die immer die besten Absichten haben. Vielmehr zeigen sich hier Ambivalenzen, die wir auch in den anderen Eckpunkten feststellen können. Bürgerinnen und Bürger senden durch ihr Verhalten Signale aus, die von Medien, Politik und Journalisten begierig aufgenommen werden und wiederum ihr Informationsverhalten verändern.

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt 1976, S. 60.

Aus der deutschen Geschichte und aus den Erfahrungen von anderen Ländern wissen wir, dass eine Demokratie Demokraten braucht. Demokratische Verhaltensweisen müssen in einem langen Prozess erlernt und einsozialisiert werden. Nur so kann eine zivile und demokratische Kultur entstehen. Zu diesen Verhaltensweisen zähle ich die zivile Konfliktaustragung, sich informieren, sich am politischen Prozess zu beteiligen, sich freiwillig zu engagieren etc. Aus dieser Diskussion um Bürgertugenden, die in den vergangenen Jahren intensiv geführt wurde, möchte ich drei Dimensionen gewinnen, mit denen der Begriff der Bürgerkompetenz² umrissen werden kann. Bürgerinnen und Bürger sollten neben den Bürgerrechten auch -qualifikationen besitzen. Zu diesen zähle ich erstens kognitive Kompetenzen, zweitens prozedurale Kompetenzen und drittens gemeinsinnsorientierte und affektiv verankerte habituelle Dispositionen.

Von besonderer Bedeutung sind hier die kognitiven Kompetenzen, die Wissensdimension im Verhalten der Bürgerinnen und Bürger. Diese Wissensdimension ist deshalb wichtig, weil davon die Wahlscheidungen, das Urteilsvermögen und generell das politische Handeln beeinflusst wird. Die kognitiven Kompetenzen umfassen die Fähigkeit, eine Präferenzliste ausbilden zu können, die sachlich informiert ist, die freiwillig entwickelt und gefestigt ist und die zielgerichtet ist. Nur so sind Bürgerinnen und Bürger auch in der Lage zu wählen und eigene Interessen zum Ausdruck zu bringen.

Wir benötigen informierte Bürgerinnen und Bürger, weil nur sie unser politisches System mit Legitimation versorgen können. Ein permissiver Konsens kann lange Zeit ausreichen, doch wird er in schwierigeren Zeiten nicht genügen.

Die Möglichkeit, die nötigen kognitiven Kompetenzen auszubilden, hängt an Voraussetzungen und wird durch verschiedene gegenläufige Tendenzen beschränkt.

Bürgerinnen und Bürger beziehen ihre Informationen in der Regel aus den Medien. Damit kommt den Medien eine besondere Verantwortung zu. Denn je schlechter sie informiert sind, desto unsicherer und anfälliger für allerlei Einflüsse werden sie bei ihren politischen Entscheidungen. Die Medien haben hier eine besondere Aufgabe, weil an ihr letztlich auch die Legitimation des politischen Systems hängt.

Kognitive Kompetenzen auszubilden, sich zu informieren ist aber auch eine aktive Aufgabe. Und hier wissen wir, dass sich informieren nicht kostenlos ist. Es kostet nicht nur Zeit und Energie, es hält auch von anderen Dingen ab und es bereitet Mühe. Zudem sind die Anreize, sich über komplexe politische Sachverhalte zu informieren, nicht sehr groß, weil der Einfluss auf politische Entscheidungen sehr mittelbar und begrenzt ist.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in unserem Repräsentativsystem lediglich Einfluss auf die Auswahl der politischen Eliten und – in geringem Maße – auf die grobe Richtung der Regierungen.

Dass es Defizite im Kommunikations- und Informationsverhalten zwischen Bürgern und Politik gibt, zeigen auch die Umfragen, mit denen das Vertrauen in die Politik und das Ansehen der Politiker regelmäßig gemessen wird. So erbrachte eine Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der FAZ, dass lediglich zwei Prozent der Bevölkerung glauben, dass Politiker die Wahrheit sagen.³ Andere Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in Institutionen deutlich zwischen verschiedenen Institutionen schwankt.⁴ Größtes Vertrauen genießen Bundesverfassungsgericht, Justiz, Bundestag und Bundesregierung; ein niedriges ist bei Parteien und Interessengruppen festzustellen.

² Siehe dazu: Hubertus Buchstein, Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, in: Klaus v. Beyme, Klaus Offe (Hg.), Politische Theorie in der Ära der Transformation, Wiesbaden 1995, (PVS Sonderheft 26), S. 295-324.

³ Gefragt wurde nach 16 Berufsgruppen und deren Vertrauenswürdigkeit. FAZ, 15. November 2006.

⁴ Walter-Rogg, Melanie, 2005: Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekt des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, Oscar W., u.a. (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wieder-vereinigten Deutschland. Baden-Baden, 285-313.

Das Institutionenvertrauen sagt zwar etwas über die Stabilität der Demokratie aus, es ist aber weltweit ein Rückgang festzustellen. Dieser Rückgang lässt sich aber auch positiv sehen: die Bürger werden kritischer. Doch das Interesse an Politik ist nach wie vor nicht sehr groß. Nach der neuesten Shell-Jugendstudie sind 39 Prozent der Jugendlichen an Politik interessiert, lediglich fünf Prozent zeigen ein starkes Interesse.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur Adressaten, sie gestalten die Informations- und Kommunikationskultur aktiv mit. Ziel muss es sein, sie zu aktiv Handelnden zu machen. Dazu müssen sie Kompetenzen ausbilden – und richtige und wahrheitsgetreue Informationen sind dabei ein wichtiger Baustein. Bürgerkompetenzen werden in Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule und bürgergesellschaftlichen Vereinigungen erlernt. Hinzu kommt Medienkompetenz, d.h. die Kompetenz, mit der Vielfalt und den Eigengesetzlichkeiten der Medien umgehen zu lernen.

III. Die Medien als die wichtigsten Akteure

Im Dreieck zwischen Politik, Medien und Bürger sind die Medien die wichtigsten Akteure, wenn es um die Fragen der Informations- und Kommunikationskultur geht. Denn Kommunikation vollzieht sich in modernen Gesellschaften nicht direkt, face to face, sondern über die Medien. Sie organisieren die Kommunikation und sind daher die ersten Adressaten für Veränderungen und Verbesserungen. Politik wird in der Regel über die Medien erlebt.

Wir leben heute in einer Mediengesellschaft⁵. Dies bedeutet, dass Kommunikation immer medienvermittelte Kommunikation ist. Mediengesellschaft heißt aber auch, dass die Vermittlung von Deutungen, Informationen und Unterhaltung über die Medien als technische Hilfsmittel läuft und zu einem gesellschaftlichen Totalphänomen geworden ist. Medien sind allgegenwärtig und haben eine alle gesellschaftlichen Bereiche durchwirkende Prägekraft bekommen. Als Folge davon beeinflussen Medien grundlegend die Handlungsmöglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Akteure.

In einer Gesellschaft, in der die Deutungsmuster dessen, was wichtig ist und was Geltung hat, wesentlich von den Medien bestimmt werden, wird den medialen Mechanismen mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht. Denn die Medien sind die Konstrukteure der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Was in ihnen nicht vorkommt, was von ihnen nicht thematisiert wird, hat es entweder schwer sich durchzusetzen oder es existiert – im Zweifelsfall – überhaupt nicht. Diese Definitionsmacht setzt sie in die Lage, Sachverhalte als Problem zu definieren, Lösungen anzubieten, Schuldige zu suchen, Ziele zu formulieren, Ängste zu schüren oder Hoffnungen zu wecken. Die Medien sind zu einer Wirklichkeit prägenden Macht geworden.

Für die Politik bedeutet dies, dass die Medien längst nicht mehr allein die Transporteure politischer Inhalte sind. Sie sind zu den Mitgestaltern von Politik geworden. Daher ist es richtig, wenn Experten davon sprechen, dass wir uns entweder auf dem Weg zu einer Mediendemokratie befinden oder bereits voll in ihr angekommen sind.

Mediendemokratie ist das Schlagwort, wenn wir bestimmte Entwicklungen kennzeichnen wollen, die unsere vertraute Vorstellung von Demokratie grundlegend verändert haben. Die Kommunikation der politischen Institutionen und Organisationen mit den Bürgerinnen und Bürgern ist ein massenmedial bestimmter Prozess geworden. Ja, selbst die politischen Parteien organisieren ihren internen Kommunikationsprozess über Massenmedien.

Im Kontext der Mediendemokratie halte ich folgende Tendenzen für besonders beobachtungswürdig:

- Das Fernsehen ist zum Leitmedium geworden. Dies hat Folgen für die Politikberichterstattung.

⁵ Vgl.: Ulrich Saxer, Mediengesellschaft: Verständnisse und Missverständnisse, in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 52-73.

- Inszenierung ist ein wichtiger Zug der Medien in der Mediendemokratie.
- Wir verzeichnen einen Bedeutungsverlust von politischen Institutionen wie Parteien und Parlament.
- Unterhaltungselemente in der Politikberichterstattung nehmen zu. Es gibt eine deutliche Tendenz zum Infotainment.
- Der „Eigensinn“ der Medien nimmt zu. Sie gewinnen an Autonomie und der Grad der Selbstbezüglichkeit hat zugenommen. Allerdings wird von einem polit-medialen Komplex, einer engen Verbindung von einigen journalistischen Meinungsmachern mit der Politik gesprochen. Dieser Autonomiegewinn wird auch durch die neue Studie von Siegfried Weischenberg über die Profession der Journalisten bestätigt.

Hinzu kommen weitere Tendenzen:

- Ökonomische Interessen beherrschen das Mediensystem.
- Die Struktur des Journalismus hat sich verändert: es gibt weniger hauptberufliche Journalisten. Sie haben weniger Zeit für Recherche.⁶
- Neue Medien kommen hinzu: Fachmedien, Internet, Bürgerjournalismus
- PR hat zugenommen: die Grenzen zwischen Journalismus und PR werden nicht immer eingehalten. Die Gewichte zwischen Public Relations und Journalismus haben sich verschoben. Dies zeigt sich exemplarisch am Wirken der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)⁷.
- Es gibt immer mehr Kampagnen aus der Wirtschaft, mit denen das Verhalten beeinflusst werden sollte: Du bist Deutschland, Land der Ideen⁸.

Die Bedeutung der Medien bei der Besetzung der politischen Agenda, bei der Festlegung von Themen, über die diskutiert wird, hat zugenommen. Weil die Medien vom Transporteur zum politischen Akteur geworden sind, sind Regelsysteme notwendig. Es gibt allerdings bereits eine Reihe von Kodizes, die mehr oder minder streng sind, aber den entscheidenden Durchbruch nicht erbracht haben.

Bestimmte mediale Eigengesetzlichkeiten – wobei in erster Linie die Ökonomisierung zu nennen ist – machen es schwer, Kodexe, und sind sie noch so gut, zur Geltung zu verhelfen. Von den Medien ist daher nicht sehr viel für die Qualitätsverbesserung demokratischen Regierens zu erwarten.

IV. Politik und Politiker als eigeninteressierte Akteure

Politiker und Politik haben die Aufgabe, allgemein verbindliche Entscheidungen herzustellen – und zwar so transparent, dass für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist, wer die Entscheidung getroffen hat und aus welchen Gründen sie getroffen wurde. Und sie dürfen dabei das Gemeinwohl nicht aus dem Blick verlieren.

⁶ Siehe: Siegfried Weischenberg, Maja Malik, Armin Scholl, Journalismus in Deutschland 2005. Zentrale Befunde der aktuellen Repräsentativbefragung deutscher Journalisten, in: Media Perspektiven, Heft 7/2006, S. 346-261.

⁷ Rudolf Speth, Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf 2004 (Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 96).

⁸ Rudolf Speth, Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen, Düsseldorf 2006 (Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 127)

Wie alle diese Grundsätze verletzt werden, lässt sich gegenwärtig bei der Diskussion um den Nichterschutzbefehl beobachten. Hinzu kommt hier, dass für die Bürgerinnen und Bürger das Wirken mächtiger Lobbygruppen nicht deutlich wird.

Es kommt aber noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: Regieren oder Governance vollzieht sich heute in einer netzwerkartigen Umgebung. Kennzeichen des Regierens ist, dass das Regierungshandeln nicht mehr erkennbar wird. Die Diskussionen um Unregierbarkeit und Staatsversagen kennzeichnen die Skepsis gegenüber der Handlungsfähigkeit des Staates.

Viele Vorgaben kommen aus Brüssel; in Koalitions- und Konsensrunden werden Politikinhalte vorentschieden; Kommissionen entwickeln Inhalte, die das Parlament nur noch zustimmend zur Kenntnis zu nehmen hat; im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss werden Paketlösungen geschnürt: In der Summe ist Regieren komplizierter, zeitaufwändiger, unkalkulierbarer, verflochtener, abhängiger von Vetospielern und Lobbymacht geworden. Und es ist kommunikationsabhängiger geworden.

In dieser Gemengelage wird die Darstellung von Politik wichtiger als die Herstellung von Politik. Theatralität oder Inszenierung hat es zwar immer schon gegeben, doch unter den gegebenen Umständen wird der Schein von Handlungsfähigkeit wichtiger. Es ist eine gesteigerte Nachfrage nach Inszenierung festzustellen – nicht nur während der Wahlkämpfe, den Hochzeiten von Darstellungspolitik.

Durch Darstellungspolitik, durch Inszenierung, soll der Schein von Handlungsfähigkeit, von Kohärenz und Orientierung erhöht werden. Sicherheit und Vertrauen soll vermittelt werden, weil die alten Orientierungsmilieus verschwinden.

Aus diesen strukturellen Gründen gibt es einen wachsenden Bedarf nach politischer Kommunikation und Inszenierung. In einer Mediendemokratie wird Telepolitik und Authentizität durch Inszenierung unverzichtbar.

Es ist aber nicht nur die Art wie Politik gemacht wird, es sind auch die Politiker selbst, durch deren Rollen- und Berufsverständnis sich die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern – wobei die Medien als dazwischen geschaltete Instanz den Prozess grundlegend verändern – gewandelt hat.

Ich möchte daher in einem zweiten Schritt auf die subjektive Dimension, auf die Politiker eingehen. Entgegen den Behauptungen, wonach die Politik rauer geworden sei und der Streit zwischen den Politikern negativ auf das Bild der Politik in der Bevölkerung abfärbt, möchte ich die These vertreten, dass durch die Professionalisierung der Politik⁹ sich eine politische Klasse gebildet hat, deren Differenzen untereinander nur noch durch mediale Inszenierung sichtbar gemacht werden können.

Mit Professionalisierung meine ich, dass sich eine Berufsgruppe, eine politische Klasse von Politikern und anderen Personen gebildet hat, die ein starkes Eigeninteresse an sich selbst, einen „esprit de corps“, ausgebildet hat. Durch dieses starke Eigeninteresse kommt es zu einer Absonderung von den Bürgerinnen und Bürgern. Das Eigeninteresse ist auf Wiederwahl und Bekämpfung der Unsicherheit gerichtet. Die Interessenidentität zwischen den Politikern der verschiedenen Parteien nimmt zu – Differenzen müssen daher inszeniert werden. Der Status des einzelnen Politikers, sein Gewicht, bemisst sich zunehmend über seinen Medienwert.

Kennzeichen dieser Professionalisierung sind: das Streben ein verlässliches Einkommen über die Politik zu erzielen; Mechanismen der Karrieresicherung einzubauen; weitere Aufstiegschance sich zu eröffnen. Im Mittelpunkt steht das Bestreben, die permanente Unsicherheit zu bekämpfen und die Wiederwahl sicherzustellen.

Folgen dieser Professionalisierung sind ein Autonomiegewinn der Politik, eine Schließung der politischen Arena und, so Jens Borchert, eine „Aushöhlung der Demokratie“. Weil die Eigeninteressen der

⁹ Dazu: Jens Borchert, Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt/New York 2003.

Berufspolitiker überwiegen und die Politik durch einen verhandlungsdemokratischen Politikstil geprägt ist, tritt die programmatische Legitimation der Politik zurück.

Politikinhalt werden immer mehr durch Instanzen von außen zugeliefert: von Expertenkommissionen, Unternehmensberatungen und Lobbygruppen. Folge davon ist eine Marginalisierung der Parteien und des Parlaments – Orte, an denen sich Politiker profilieren konnten. Es kommt daher zu einer symbiotischen Beziehung mit den Medien, weil diese für die Transformation von Politik in Medienrealität das Mittel der Personalisierung anbieten können.

V. Ergebnisse

Welche Chancen ergeben sich nun, in den Kommunikationsbeziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politikern und Medien nachhaltig etwas zu verbessern? Der Zielpunkt wäre – und das war mein erster Punkt –, den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur bessere Informationen zu liefern, sondern sie zu handelnden Akteuren zu machen. Wodurch können sie besser am politischen Prozess teilnehmen? Wir müssen aber feststellen, dass das Interesse an Politik abnimmt und politische Informationen mit Unterhaltung in Konkurrenz stehen.

Der zweite Punkt war die Feststellung, dass ökonomische Imperative und der Eigensinn der Medien zunehmen. Beides sind Tendenzen, die nicht einfach durch Regeln verändert werden können.

Mein dritter Punkt bezog sich auf Tendenzen in der Politik: Auswanderung der Politik in Verhandlungsrunden, Professionalisierung der Politikerrollen und darauf folgend ein größer werdender Zwang zur Darstellungspolitik.

Dies alles sind Tendenzen, die nicht einfach umzukehren sind, weil sie struktureller Art und von grundlegenden Interessen bestimmt sind.

Es gibt allerdings bereits eine Reihe von Regelsystemen. Es gibt Regeln für Journalisten, Lobbyisten und Politiker. Brauchen wir mehr und bessere Regeln? Liegt es wirklich an den Regeln?

Wir benötigen bessere Regeln – beispielsweise für das Verhalten der Politiker. Politiker, die als Abgeordnete im Bundestag sitzen, müssen umfassendere Angaben über ihre Nebentätigkeiten und über ihre Kontakte mit Interessengruppen machen. Sie sind zur Transparenz verpflichtet – weil Transparenz ein wichtiges Gebot der Demokratie ist.

Regeln oder Kodizes sind notwendig, denn sie geben einen Rahmen für das Verhalten vor. Dieser Rahmen kann als Bezugspunkt dienen, wenn Regelverletzungen vorliegen, wenn wir das Gefühl haben, dass Journalisten oder Politiker intransparent handeln, Eigeninteressen in den Vordergrund stellen, einer Sensationsberichterstattung Vorschub leisten, über gewissen Grenzen Nebentätigkeiten ausüben, sich Interessengruppen verdingen usw.

Wir brauchen solche Regelsysteme und sollten sie pflegen, verbessern, schärfen und ergänzen. Aber nicht deshalb, weil wir – wenn wir sie konsequent umsetzen würden, automatisch zu besseren Verhältnissen kämen. Wir brauchen auch das Fehlverhalten, die Regelverletzung, den Skandal, weil dadurch erst das Bewusstsein für solche Regeln geschärft werden kann. Die Skandalisierung der Verletzung des Transparenzgebotes für Abgeordnete, die ihre Nebentätigkeiten und die daraus entstehenden Einkünfte verschweigen, ist Voraussetzung für eine Erneuerung der politischen Moral.

Wir brauchen für die beständige Erneuerung der politischen Moral diese Konflikte. Ich beziehe mich hier eher auf das zyklische Geschichtsdenken Niccolò Machiavellis, für den aus Tapferkeit (virtu) Ruhe, aus Ruhe Müßiggang, aus Müßiggang Unordnung und aus Unordnung Verfall entsteht.¹⁰ Solange a-

¹⁰ Niccolò Machiavelli, *Discorsi*. Gedanken über Politik und Staatsführung (übersetzt, eingel. und erläutert von Rudolf Zorn, Stuttgart 1966).

ber virtu, die elementare Eigenschaft zum politischen Handeln bei den Bürgern besteht, solange ist nicht alles verloren. Die Verletzung der Regeln – Machiavelli hätte dazu Korruption gesagt – und die daraus entstehende Skandalisierung hat eine kathartische Wirkung und bekräftigt die virtu. Deshalb sind die handelnden und handlungsfähigen Bürgerinnen und Bürger so wichtig; und gute Informationen sind eine Voraussetzung für diese virtu.